

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-OS.) und Umgegend.

Verkauf:
wöchentlich einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und
bei allen Postämtern 0,75 Netzt.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:
B. Hunold, Stadtbuchdrucker, Zory.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:
Die einpaltige Anzeigenzeile 10 Gr.
Inseraten-Annahme bis spätestens Freitag
10 Uhr vormittags.

Nr. 43

Samstag, Nr. 39

Sonnabend, den 28. Oktober 1933.

Gegründet 1879

55. Jahrgang.

Rundschau.

Erste Sitzung am 4. November.

Warschau, 25. Oktober. Nach allgemeiner Ueberzeugung wird das Dekret des Staatspräsidenten über die Einberufung des Parlaments am Montag, den 31. Oktober, veröffentlicht werden. Die erste Sitzung vom 3. und 4. November soll für den 4. November in Aussicht genommen sein. Auf dieser Sitzung wird nach Eröffnung der Parlamentssession der Vorschlag des neuen Staatshaushalts für das Finanzjahr 1934/35 eingebracht werden und der Finanzminister wird eine Budgetrede halten. Nach Abschluß dieser Sitzung wird die Tagung des Parlaments wieder um dreißig Tage vertagt werden.

Bank Polski legt den Diskont herab.

Warschau, 26. Oktober. Eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrats der Bank Polski hat gestern die Herabsetzung des Diskonts der Bank von 6 auf 5 Prozent und des Lombardpizes von 7 auf 6 Prozent mit Wirkung vom heutigen Tage beschlossen.

In der amtlichen Bekanntmachung der Diskontsenkung heißt es, daß die Herabsetzung des Diskonts angesichts der Verbesserung der Zahlungslage und der Verzögerung des Wechselportefolios der Bank Polski erfolgt.

Steuereintreibung durch Landenteignung.

Warschau, 23. Oktober. Die letzte Sitzung des Ministerrats hat u. a. auch den Entwurf einer Notverordnung verabschiedet, welcher die Enteignung von landwirtschaftlichem Grund und Boden zum Zweck der Bezahlung von Steuerrückständen vorsieht. Und zwar sollen alle Steuerrückstände von mindestens einem Jahre durch die Enteignung von Grund und Boden, der nur zu zwei Dritteln des Schätzungswertes in Anrechnung gebracht werden soll, übernommen werden.

Die neue Befolgsungsordnung für Staatsbeamte.

Warschau, 24. Oktober. Aus dem Finanzministerium vorläufigen Einzelheiten über die vom Ministerrat bereits beschlossenen neuen Befolgsungsvorlagen. Danach soll die Zahl der Gehaltsklassen der Staatsbeamten von 14 auf 12 verringert werden. Die Familienzulagen sollen grundsätzlich abgeschafft werden; sämtliche Beamten sollen in Zukunft das gleiche Gehalt erhalten und zwar auf der Grundlage des jetzt für einen verheirateten Beamten mit einem Kinde gezahlten Gehalts, das niedrigste Staatsbeamtengehalt soll 100 Zloty, das höchste 3000 Zloty monatlich betragen. Von den Gehältern der staatlichen Angestellten wird in Zukunft keine Einkommensteuer gezahlt werden müssen, dafür werden aber diese Gehälter entsprechend herabgesetzt. Das Punktsystem bei der Gehaltsberechnung wird endgültig abgeschafft. Die Vorschriften der neuen Befolgsungsvorlage sollen nach Stellungsmeldungen am 1. Februar 1934 in Kraft treten.

Witos in Wärsch-Ostern.

Ein Vertreter der amtlichen tschechoslowakischen Telegraphenagentur hat den aus Polen emigrierten früheren Ministerpräsidenten Witos in Wärsch-Ostern, wo er sich gegenwärtig aufhält, interviewt. Witos hat die Behauptung der Regierungspresse, er beschäftige sich in Wärsch-Ostern eine gegen das Vilshuf-Régime gerichtete politische Sitzung herauszugeben, dementiert. Es ist auch nicht richtig, daß, wie der Krakauer „Z. R. C.“ behauptet hat, auch der frühere Sejmabgeordnete Putel, einer der maßgebenden Führer der Volkspartei, das Land verlassen haben soll. Putel befindet

sich in seinem Dorfe. Von dem im Großprojekt verurteilten fünf tschechischen Abgeordneten hat Elbermann Polen verlassen und es erscheint fraglich, ob er zurückkehren wird; dagegen befinden sich Barlicki, Cieloski, Dublos und Radet weiter im Lande.

Polnisch-schwedisches Handelsabkommen.

In Warschau ist durch den Außenminister Oberst Brz und den schwedischen Gesandten ein neues polnisch-schwedisches Handels- und Zollabkommen zugleich mit einem Konventionsabkommen unterzeichnet worden. Durch dieses Abkommen wird die polnische Kohlenausfuhr nach Schweden reguliert.

Feldbischof Sawina beim Heil. Vater.

Wie die katholische Presseagentur aus der Vatikanstadt meldet, ist am vergangenen Freitag Feldbischof Josef Sawina vom Hl. Vater in längerer Privataudienz herzlich empfangen worden. Feldbischof Sawina erstattete dem Hl. Vater ausführlich Bericht über die Seelsorge im polnischen Heer. Der Papst hörte den Bericht mit großer Anteilnahme an, worauf er seinen Segen der ganzen polnischen Armee, besonders dem Feldkaplanen, erteilte. Hierauf überreichte der Hl. Vater Feldbischof Sawina eine goldene Medaille zur Erinnerung an das heilige Jahr, mit dem Auftrag, die Medaille persönlich dem Marschall Bilsudski abzugeben und ihm gleichzeitig den päpstlichen Segen zu überbringen sowie ihm herzlichste Glückwünsche auszusprechen. Außerdem gab der Hl. Vater Feldbischof Sawina für dessen Mutter einen kostbaren Rosenkranz mit.

Politischer Nord in Lemberg.

Lemberg, 24. Oktober. Ein ukrainischer Nationalist hat einen politischen Nordanschlag in dem sowjetrussischen Konsulat verübt. Der Ukrainer verlangte den Konsul zu sprechen. Als man ihm nicht gleich vorließ, gab er auf dem Konsulatsstrasse Wajlow zwei Revolver-schüsse ab, die diesen tot zu Boden streckten. Daraufhin wandte sich der Attentäter zur Flucht. Als ihm der zweite Beamte des Konsuls den Weg versperren wollte, schoß er auf ihn und verletzte ihn am Arm. Der Polizeigefolge es, den Attentäter festzunehmen. Der Verhaftete war geständig und erklärte, er habe die Mordtat im Auftrage der Organisation der ukrainischen Nationalisten verübt. Die Ortsbehörden haben dem Sowjetkonsul ihr Bedauern ausgesprochen.

Die Organisation der ukrainischen Nationalisten ist eine illegale ukrainische revolutionäre Bewegung. Es ist anzunehmen, daß der Anschlag mit der großen Hungersnot und den ukrainischen Nationalisten in der Sowjetunion im Zusammenhang steht.

Warschau, 25. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Warschauer Geschäftsträger der Sowjetunion der polnischen Regierung gestern in Zusammenhang mit dem Attentat im Lemberger sowjetrussischen Konsulat eine Note übermittelt und daß die polnische Regierung auf diese Note eine angemessene Antwort erteilt habe.

Die Abrüstungskonferenz

Ist bis zum 4. Dezember vertagt worden. Die Vertagung ist mit großer Geschlossenheit von allen Seiten gefordert worden und wurde auf den Vorschlag der Vertreter Englands und Frankreichs hin beschlossen.

In der Aussprache ist deutlich die Auffassung zum Ausdruck gekommen, daß jetzt grundsätzlich die Tür für direkte Verhandlungen zwischen den einzelnen Mächten und damit unausgesprochen auch mit Deutschland offengelassen werden muß.

Die Austrittserklärung des deutschen Reiches in Genf überreicht.

Genf, 23. Oktober. Am Sonnabend hat der deutsche Konsul Arnsol dem Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, die vom Reichsaussenminister von Neurath unterzeichnete Note der Reichsregierung überreicht, in der die formelle Note des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund enthalten war. Die Note, in der lediglich die Tatsache des Austritts kurz mitgeteilt wird, ist in Genf und Berlin gleichzeitig veröffentlicht worden. Ferner hat Staatssekretär Trendelenburg, der deutsche Untergeneralsekretär im Völkerbund, seinen Rücktritt eingereicht. Weiter ist dem Internationalen Arbeitsamt offiziell mitgeteilt worden, daß Deutschland auf der am Montag beginnenden Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes weder in der Gruppe der Regierungen vertreten noch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sein wird.

Generalsekretär Avenol hat am Sonnabend nachmittag in einem kurzen Schreiben dem Empfang der Note bekräftigt. In manchen Kreisen hatte man merkwürdigerweise bis zuletzt gehofft, daß die Reichsregierung sich auf eine Zurückziehung von den Völkerbundsarbeiten ohne formelle Austrittserklärung beschränken werde. Selbstverständlich wurde der deutsche Schritt, mit dem nach einer mehr als achtjährigen Mitarbeit die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund aufhört, in allen Kreisen als ein Ereignis von größter internationaler Tragweite bewertet. Die Völkerbundsstelle versagen zwar, ihre Befassung nicht sichtbar werden zu lassen, jedoch kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Völkerbundsgedanke auf schwerste erschüttert ist. Von den sieben Großmächten gehören nurmehr die Vereinigten Staaten, Sowjetrussland, Japan und neuerdings Deutschland dem Völkerbund nicht mehr an. Die feindselige Haltung Italiens gegenüber der Genfer Institution ist bekannt. So bleiben letzten Endes noch England und Frankreich. Viel kommentiert wird es, daß nach dem Ausscheiden der deutschen Beamten aus dem Völkerbundssekretariat und dem Internationalen Arbeitsamt jeder Zusammenhang zwischen Deutschland und dem Völkerbund aufhört. Das Genfer System wird jetzt noch weniger funktionsfähig können als früher.

Das Ende der kassischen Goldwährung.

Berlin, 23. Oktober. Groß unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat nunmehr die Abänderungen zum Reichsbankgesetz erfolgt, die eine neue Phase in der Geldpolitik des Reiches einleiten werden. Die verabschiedete Novelle befreit den bisherigen Generalrat der Reichsbank und legt die Ernennung des Reichsbankpräsidenten in Zukunft in die Hand des Reichspräsidenten. Das wichtigste in dem neuen Gesetz sind die Bestimmungen über die offene Marktkonflikte. Festverzinsliche Wertpapiere werden als bankenmäßige Notendeckung zugelassen, ebenso auch die Lombardforderungen der Reichsbank.

Reichskanzler Hitler betont erneut

Deutschlands Friedenswillen.

Reichheim, 23. Oktober. Bei einer Feier an der Festungsgasse bei Reichheim hielt Reichskanzler Adolf Hitler eine Ansprache, in der er erklärte: „Wir sind vielmehr am besten beraten, in der deutschen Geschichte überflüssigen Europapatriotismus und wirkliche tiefere Verbundenheit mit dem eigenen Volk auszuscheiden.“

Das deutsche Volk kämpfte für sein Lebensrecht, weil es den Frieden liebt. Es habe keinen Grund, einen Krieg zu wünschen, um die Ehre der Nation, die Ehre seiner Männer

Am Freitag am 12.20 Uhr traf der Staatspräsident, Professor Mosciński, mit dem Schatzkanzler von Warschau kommend, an dem angekündigten Besatz Schloß in Katowitz ein. Der Staatspräsident wurde begleitet von dem Chef der Militärkapelle, Oberst Szegomski, und dem Adjutanten Szegomski. Wojewode Dr. Grozyski beehrte den Staatspräsidenten im Namen der Zivilbehörden, worauf die Generale Inguszt und Jezonski im Namen der Militärbehörden sprachen. Ansprachen hielten außerdem Bischof Antoni Adamski, Sejmarschall Wolan, 1. Bürgermeister Dr. Kocar, Landrat Dr. Seidler und andere Behördenvertreter. Staatspräsident Mosciński begab sich dann mit dem Auto nach dem Wojewodschaftsgebäude, wo er in den Privatwohnungen des Wojewoden während seines Aufenthalts in Schloß Wohnung nahm. Am zweiten Tag seines Aufenthalts in Schloß nahm der Staatspräsident, Professor Mosciński, an der feierlichen Weihe des Gebäudes der Technischen Berufsschulen in Katowitz teil. Den Staatspräsidenten begleiteten Ministerpräsident Szegomski, Handelsminister Jaruch, Verkehrsminister Ing. Ostrowski, Wojewode Grozyski, der Bischof Antoni Adamski, Abgeordnete des Schloßlichen Sejm sowie zahlreiche Vertreter der Regierung, der Zivil- und Militärbehörden, Vertreter der Großindustrie u. s. w. Die Weihe des Gebäudes nahm Bischof Adamski vor, worauf Wojewode Dr. Grozyski eine Ansprache hielt. — Am 11. März kam der Staatspräsident mit dem Auto von Katowitz in Rung Schüttle an, ohne jedoch zu halten. Die Fahrt ging über die Katowitzer und die Konopnickastraße nach Chorzow, wo der neue Schacht der Starbormer geweiht werden sollte. In beiden Seiten der Straßen waren die Schulhäuser mit Fähnchen ausgelegt. Hinter den Spallereihen fanden zahlreiche Bürger, um den Staatspräsidenten zu begrüßen. Vor dem Hauptgebäude wurde der Staatspräsident von Mitgliedern der Verwaltung der Starbormer empfangen, außerdem von mehreren Abteilungen Bergknappen in Paradeuniform mit Stiefeln und Fährnen. In den Gatterlichkeiten waren auch der französische Botschafter aus Warschau, Barode, und der französische Konsul aus Katowitz, Lancel, erschienen. Beim Eintreffen des Staatspräsidenten klangte die Orgel, die Nationalhymne an. In Begleitung des Staatspräsidenten befanden sich mehrere Minister und zahlreiche Behördenvertreter. Nach einer Ansprache des Generaldirektors der Starbormer, Wigiel, nahm Bischof Adamski die Weihe des Schachtes vor, worauf die Fördermaschine angelassen wurde. Der neue Schacht (bisher Großer Hauptst) wurde auf den Namen Moscińskischacht geweiht. Am Nachmittag nahm Staatspräsident Mosciński an der feierlichen Weihe des Staudens in Wisentha bei Bielski teil, die gleichfalls Bischof Adamski vornahm. Die neue Anlage erhielt den Namen

Moskelt. Talsperre. Gegen Abend sah der Staatspräsident von Kattowig zu einer dreitägigen Jagd nach Kolmar (Wofen).

• (Bischof Adamski in Rom.) Am Sonntag ist der S. D. Bischof Adamski in Rom in amtlichen Angelegenheiten nach Rom abgereist, wo er sich mehrere Wochen hindurch aufhalten wird.

• (Eine Rundgebung des Kardinals Vertram.) Erzbischof Kardinal Vertram richtet am Anstoß seiner Rückkehr von seinem Besuch in Rom in der „Schlesischen Volkszeitung“ eine Rundgebung an die Diözesanen, in der er u. a. sagt: „Noch eine weitere überaus ernste und schwere Sorge drückt auf viele Tausende treuer katholischer Christen, die Sorge um jene, die im früheren Parteistaat denjenigen Führern folgten, die aus religiösem Willkürgefühl die geistige Auseinandersetzung gegen Marxismus und Bolschewismus in jenen Formen zu bewerkstellten suchten, indem sie sich dem früheren Staat anpassten. Fern liegt uns das Ansehen, Fälle von wirklich strafbaren Handlungen einer unbestechlichen Gerechtigkeit zu entziehen. Unser teilnehmendes Mitempfinden bezieht sich auf jene Männer und Frauen, die lauterer, besten und loyalen Willens waren und sind. Wenn solche in sehr großer Zahl Schwere erdulden haben und erdulden, so hat die Kirche und nicht zuletzt der Heilige Vater für sie ein warmes Herz. An die lebenden Stützen in Reich und Staat richten wir die dringende Bitte, gestroffene harte Maßnahmen einer erschlafften, wohlwollenden und heilsamen Revision zu unterziehen. Ja darf hinzusetzen, daß ich in allem oben Gesagten mich vollkommen einig weiß mit den Oberhirten aller deutschen Diözesen.“

• (Zum 300. Mal beschlagene.) Der „Obersteleische Kurier“ in Kattowig ist wegen einer Polemik mit der Polska Rachodnia beschlagene worden. Es ist die 300. Beschlagnahme seit 1922.

• (Stadtrechte für Ryduktan und Rauraw.) In der Sitzung des Wojewodschaftsrats wurde den beiden größten Gemeinden des Kreises Ryduktan und Rauraw, die Stadtrechte verliehen.

• (Wieviel Einwohner zählt der Kreis?) Nach der letzten amtlichen Völkzählungszählung zählt der Kreis Ryduktan insgesamt 22327 Einwohner. Davon entfallen auf die Städte Ryduktan 24952, Ryduktan 4871 und Ryduktan 5926 Einwohner. Von den größeren Gemeinden hat Ryduktan 4583, Ryduktan 5230, Ryduktan 9266, Ryduktan 6253, Ryduktan 7491, Ryduktan 14011, Ryduktan 14233 und Ryduktan 3363 Einwohner.

• (Schützt die Tiere!) Der wichtigste Grabstein für die Vergewaltigung eines Volks und eines Menschen ist, wie sie die Tiere betrachten und behandeln. (Verfasser: Kurt Bach.) Wie denken immer der Menschheit, wenn wir der Menschheit dienen. (Worte.) Die Frage ist nicht: „Möchten die Tiere denken?“, sondern: „Möchten die Tiere leben?“. Das ist der Hauptpunkt bei der Sache. (Jeremias Benham.) Die Rechte des Menschen gegen die Tiere führen alle im Grunde, niemand die Willkür. (Rechtslehrer Dr. H. H. H.) Gerecht: Himm! Aus wie vielen Marktschreibern der Tiere löst der Mensch eine einzige Schminke der Jungs zusammen! (Jung Paul.) Tiere schämen nicht Menschen an; Tiere schämen nicht aber auch Menschen schämen: schämen gegen die Rohheit von Willkür und gegen die eigene Verrohung. (Bergengr.) Die gesamte Behandlung der Tiere ist der Willkür des Menschen gegen sich selbst entgegengelehrt. (Kant.) Willkür mit den Tieren hängt mit der Güte des Charakters so genau zusammen, daß man zuverlässig behaupten darf, wer gegen Tiere grausam ist, könne kein guter Mensch sein. (Schopenhauer.)

• (Neue Wege der Wirtschaftspolitik.) In dem großen Prozeß gegen das Zementkartell hat das neue Kartellgericht in Warschau das Urteil gefällt und damit zum ersten Mal zu den Fragen der großen privatwirtschaftlichen Zwangs-Organisationen Stellung genommen. Ähnliche zwölf Kartellverträge, die das Zementkartell auf dem Inlandmarkt abgeschlossen hat, wurden gemäß dem Antrag des Regierungsbereiters für ungültig erklärt. Nicht berührt durch das Urteil werden die Auslandsverträge der Zementindustrie.

• (Vor der Verschmelzung von Rier und Wierau.) Die Verhandlungen über die beschlossene Verschmelzung der Gemeinden Rier und Wierau werden weitergeführt. Da bisher der Vereinigung die wichtigen Verkehrsverhältnisse im Wege standen, bemühen sich die beiden Gemeindevorstände, bei der Bahnverwaltung zu erwirken, daß bei dem nächsten Bahn-Eisenbahn in die Nähe des neuen Doppel- ortes eine Haltestelle gelegt wird.

• (Nächster Deutscher Katholikentag voraussichtlich in Gletwig.) Auf der vorjährigen Generalversammlung der deutschen Katholiken in Gletwig lag dem Zentralkomitee u. a. auch eine Einladung der Stadt Gletwig vor, einen der nächsten Katholikentage in dieser Stadt abzuhalten. Wie hierzu berichtet wird, tritt die Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung jetzt in das Stadium der Entscheidung. Es ist wahrscheinlich, daß nunmehr wieder der deutsche Osten an die Reihe kommt, nachdem seit der 55. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Breslau im Jahre 1926 sieben Tagungen in anderen Gegenden des Reiches stattgefunden haben. Obwohl noch nicht abgesehen ist, in welchem Jahre die nächste Generalversammlung stattfinden, hat das Zentralkomitee die früheren Versammlungen bereits auf seine Sicht vorbereitet. In diesen Tagen haben durch den Präsidenten des Zentralkomitees, Fürst Alois von Hohenhausen, Verhandlungen mit der Stadt Gletwig sowie Besichtigungen stattgefunden. Die Stadt Gletwig hält ihre Einladung weiterhin an.

Am Montag fand in Gletwig in Anwesenheit des Führers des Zentralkomitees der Katholikenversammlung Fürst zu Hohenhausen und der Gletwiger katholischen Geistlichkeit eine Besprechung statt, in der Fürst zu Hohenhausen die feste Bestimmung gab, daß der Katholikentag 1934 auch wirklich in Gletwig abgehalten werden wird. Anschließend begab sich Fürst zu Hohenhausen zu Oberbürgermeister Meyer, der seinerseits die frühere Einladung der Stadtverwaltung nicht nur wiederholte, sondern auch im Namen der Stadt die Versicherung abgab, alles zu einem würdigen Gelingen beizutragen. U. a. soll, wahrscheinlich auf der Spielwiese des Waldschlosses, ein Festzelt für 10000 Personen errichtet werden.

• (Einzahlung von Reichsbanknoten.) Wie die Reichsbankdirektion in Berlin bekannt gibt, werden die Reichsbanknoten zu 50 Reichsmark mit dem Ausfertigungsdatum 11. Oktober 1924 eingezogen. Mit dem Ablauf des 31. Januar 1934 verlieren die angeführten Noten ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Die Besitzer dieser Noten können sie noch bis zum 28. Februar 1934 bei allen Banken der Reichsbank in Zahlung geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umtauschen. Die angeführten Noten werden mit diesem Zeitpunkt kraftlos und es erlischt damit auch die Einlösungspflicht der Reichsbank.

• (Deutscher Eisenbahn-Oberinspektor auf dem Kattowiger Bahnhof bestohlen.) Als Dienstag der um 17,30 Uhr durchfahrende Schnellzug Berlin-Berlin auf dem Kattowiger Bahnhof hielt, wurde ein Taschendieb die Gelegenheit aus und stahl aus dem Koffer des deutschen Eisenbahn-Oberinspektors F. H. H. aus Breslau eine Briefbox, die einen Dienstpaß, eine Fahrkarte für Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Österreich und Italien, eine Freikarte von Breslau nach Pöhl, einen Personalausweis, 4000 rumänische Lei, 180 Reichsmark, 100 tschechische Kronen, 12 Dollar und verschiedene Notizen enthielt. Der Diebstahl wurde von H. H. einige Minuten vor der Abfahrt des Zuges nach Sudapitz bemerkt, so daß der Inspektor die Rache ausgeben mußte. Er meldete den Fall dem Eisenbahnkommissariat Kattowig.

• (Der Sturm auf das Kartoffelfeld.) Vor einigen Tagen erschienen ungefähr 1000 arbeitssame Frauen und Kinder aus Banskort, Belschowitz, Malowen, Rungen, Halembo, Ryduktan und Ryduktan auf den Kartoffelfeldern des Raurawer Dominiums. Da gerade aus den Feldern Kartoffeln geerntet wurden, fielen die Arbeiterinnen über die angeschauten Kartoffeln her und sammelten sie in mitgebrachte Säcke. Die vom Dominium bestellten, mit Jagdbilitäten bewaffneten Feldhüter versuchten vergeblich, die Menge zu zerstreuen. Es mußte Polizei herangeholt werden, welche die Menge auf die Landstraße zurückdrängte. Von da aus bewarft die Menge die Beamten mit Steinen und als diese damit nicht anhielten wollten, wurden fünf Schreckschüsse abgegeben, was zur Folge hatte, daß die Leute schließlich andauernd blieben. Darauf konnten die Feldarbeiter wieder ihrer Arbeit nachgehen. Bei dem auf die Polizei erfolgten Strohhaufen wurde glücklicherweise niemand verletzt.

• (Schlägerei zwischen Halbenbewohnern.) Auf der Halde des Bismarck-Schachtels bei Lauragütte hat eine große Anzahl von Arbeitsschülern, die keine Unterkunft besitzt, ihre Wohnungen durch wilderliche Bretterverhältnisse angeordnet. Nach einem großen Trinkgelage kam es zwischen diesen Halbenbewohnern zu einer schweren Schlägerei, an der sich etwa 13 Personen beteiligten. Mit Flaschen, Steinen, eisernen Stangen und Äxten wurde aufeinander eingeschlagen, auch der Bretterver-

schlag wurde ausgeübt und brannte ab. Der 50-jährige Mann wurde dabei erschlagen. Ein weiterer Arbeitsschüler liegt mit eingetragener Schädelschläge hoffnungslos im Krankenhaus. Außerdem wurden noch drei weitere Personen schwer verletzt, die jedoch von den Angehörigen weggebracht wurden. Der Polizei schickte von den Tätern bisher jede Spur, da sie ohne hinreichenden Beweis sich an unbekannter Stelle verbergen. Der Streit soll wegen einer Frau entstanden sein.

Die Schlägerei hat inzwischen ein zweites Todesopfer gefordert. Der schwer verletzte Mann ist am Dienstag früh im Krankenhaus gestorben.

• (Nether als Explosivstoff.) Die als gewerkschaftliche Arbeiterkammer bekannten Gewerkschaften Ernst und Alfred Sittel aus Raurawien a. O. erschienen nachts gegen 24 Uhr in der Wohnung des ebenfalls als Schmutzger bekannten Arbeiters Joachim Gura in Blujagow. Beide Schmutzger hatten in derselben Nacht zwei größere Gefäße mit Nether über die Gänge gebracht, um sie für den Kleinverkauf vorzubereiten. Nether gilt deshalb als ein sehr gefährliches Explosivstoff, da er gegenüber dem Erzeugnis des Spiritusmonopols billiger ist und mehr „Prozente“ enthält. Aus diesem Grunde findet Nether starken Absatz, obwohl sein Gebrauch unter Umständen gefährliche Schläge verursachen kann. Beim Abfüllen der beiden Gefäße waren die anderen Schmutzger beschäftigt, und zwar Stephan Schmutzger, Stephan Gura, Konrad Gura und Johann Gura, erstere beiden aus Raurawien, letztere aus Blujagow. Diese Arbeit wurde beim Einleiten der Petroleumlampe des Gura vorgenommen. Plötzlich erfolgte eine starke Explosion in der Stube, und die Schlämme des brennenden Nethers erloschte die Kleider der Männer. Alle erlitten mehr oder minder schwere Verbrennungen im Gesicht und an den Händen, während durch die Explosion die Gura für herabgerissen, die Fenster eingedrückt und ein Loch in der Zimmerdecke und dem Dach des Hauses in der Größe von einem Meter Durchmesser verursacht wurde. Die Polizei verhaftete sieben Personen, die mit dem Netherhandel in Verbindung standen und oben genannt sind.

• (Das symbolische Begräbnis im Mittel-Raum.) Zu dem für Montag angekündigten gemeinsamen symbolischen Begräbnis an der Stelle des Unglücksfalles, bei dem der 10-jährige Hubert S. am 2. November starb, waren ungefähr 2000 Personen erschienen. Der Ort, an dem der Unglücksfall sich ereignete, ist von einem starken Baum umgeben worden, an dem einige Warnungsschilder angebracht worden sind. Im vorderen Teil des Baues standen, versehen mit Fahnen, die Arbeiter des Mittel-Raums. Die Feier begann mit einem Tranengottesdienst in der Ortskirche. Dann zog die Teilnehmer, ungefähr dreitausend, zum Schacht, mußten aber ungefähr hundert Meter von der Unfallstelle entfernt auf der Straße stehen bleiben. Nur der Pfarrer und die nächsten Verwandten durften weitergehen. Die Schlämme saug Tranenfließen und Blumen wurden ins tiefe Grab geworfen.

• (Schwarzwitz, 25. Oktober.) Am 2. November findet hier die Einweihung des neu erbauten evang. Pfarrhauses statt, verbunden mit der Feier des 22. Schwarzwitzfestes. Vormittags 10 Uhr findet in der Kirche ein Festgottesdienst statt, wobei Kirchenpräsident D. H. H. Kattowig die deutsche und Pastor Müller-Schran die polnische Festpredigt halten wird. Nach dem Gottesdienst erfolgt vor dem Pfarrhaus der eigentliche Festakt.

• (Ryduktan, 25. Oktober.) In Ryduktan gibt es etwa 20 Ärzte, so daß durchschnittlich auf 1250 Einwohner ein Arzt kommt. An Fachärzten hat die Stadt zwei Chirurgen, einen Augenarzt, drei Kinderärzte, einen Frauenarzt, einen Arzt für Hals-, Ohren- und Nasenleiden, zwei Zahnärzte, einen Zahnarzt, sieben Dentisten und zwei Tierärzte. Im Krankenhauslagert sind vier Ärzte tätig, darunter ein Zahnarzt, im St. Lukas-Krankenhaus sowie im Krankenhaus einer und in der Hl. Anna drei Ärzte. Die Gesundheit der Schuljugend wird von vier Schulärzten überwacht. Außerdem hat Ryduktan elf Zahnärzte und drei Apotheken. Für die Gesundheitshaltung der Bürger ist also reichlich gesorgt.

• (Ryduktan, 24. Oktober.) (Stadtverordnetenversammlung.) Die Entscheidung der städtischen Rat nahm nur knapp 45 Minuten in Anspruch, ein Beweis für die gute Vorbereitung. In die Ratssprachkommission wurde Kaufmann Jan Hoga gewählt. Die Stadt überläßt dem Polnischen Gymnasium für Schulan-

